

Die Schaffung umweltstrafrechtlicher Mindeststandards in der Europäischen Union

Prof. Dr. Bernd Hecker¹

A. Umwelt- und Klimaschutz als globale Aufgabe

Umwelt- und Klimaschutz stellt heute eine globale Aufgabe ersten Ranges auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene dar. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre wurde das Umweltproblem von den Vereinten Nationen (UN) aufgegriffen.² Ein Meilenstein für die Entwicklung des Umweltvölkerrechts war die im Jahre 1972 in Stockholm veranstaltete erste UN-Umweltkonferenz, auf der eine Erklärung über die menschliche Umwelt angenommen wurde.³ Mittlerweile existiert eine Reihe von Internationalen Abkommen, die sich mit grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen und ihrer Vermeidung befassen. Exemplarisch hervorzuheben sind folgende Konventionen:

- Übereinkommen über die Verhütung von Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen vom 29. Dezember 1972⁴;
- Internationales Übereinkommen zur Verhütung von Meeresverschmutzung durch Schiffe vom 2. Dezember 1973;⁵
- Genfer Übereinkommen über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigungen vom 13. November 1979;⁶
- Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht vom 22. März 1985 mit dem Montrealer Protokoll vom 16. September 1987;⁷
- Basler Übereinkommen über die Kontrolle grenzüberschreitender Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung vom 22. März 1989;⁸

¹ Lehrstuhl für deutsches und ausländisches Strafrecht und Strafprozessrecht mit Wirtschafts- und Umweltrecht, Justus-Liebig-Universität, Gießen.

² *Kimminich/Hobe*, Völkerrecht, 8. Aufl., Tübingen, 2004, S. 472 ff.; *Vitzthum/Bothe*, Völkerrecht, 3. Aufl., Berlin, 2004, 5. Abschn. Rn. 89 ff.

³ United Nations Declaration on the Human Environment, Report of the United Nations Conference of the Human Environment, UN Doc. A/CONF. 48/14.

⁴ BGBl. 1977 II, S. 180; BGBl. 1987 II, S. 118.

⁵ BGBl. 1982 II, S. 2.

⁶ BGBl. 1982 II, S. 374.

⁷ BGBl. 1988 II, S. 902 und BGBl. 1988 II, S. 1015.

⁸ BGBl. 1994 I, S. 2771; 1994 II, S. 2703; aufgehoben und ersetzt durch VO (EG) Nr. 1013/2006 v. 14.6.2006 über die Verbringung von Abfällen (ABIEG 2006 Nr. 2 190, 1).

- Rahmenübereinkommen der UN über Klimaänderungen („Klimakonvention“) vom 9. Mai 1992⁹ und Kyoto-Protokoll vom 11. Dezember 1997¹⁰ (Ziel: Eindämmung des „Treibhauseffekts“).

Auf europäischer Ebene wird der Umwelt- und Klimaschutz maßgeblich durch die Umweltpolitik der EG geprägt. Die EG hat sich zu einer der weltweit wichtigsten internationalen Umweltorganisationen entwickelt. Zum Schutz der Umwelt wurden ca. 200 Richtlinien und Verordnungen erlassen.¹¹ Bereits seit Anfang der 1970er Jahre setzte die Gemeinschaft europäisches Umweltrecht auf der Grundlage einer dynamischen Handhabung des Gründungsvertrages (EGV). Eine bedeutsame Aufwertung erfuhr der gemeinschaftliche Umweltschutz mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) im Jahre 1987 durch die Einfügung eines besonderen Umweltschutzkapitels in den EGV (Art. 174-176 EGV; ex-Art. 130 lit. r-t EGV), welches später durch die Verträge von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997) weiterentwickelt wurde. Umweltschutz ist seither nicht mehr ein bloßes Mittel zur Verwirklichung des Binnenmarktes, sondern ein *eigenständiges Vertragsziel*.¹² Art. 2 EGV schreibt ein hohes Maß an Umweltschutz und eine Verbesserung der Qualität der Umwelt als Aufgabe der Gemeinschaft fest.

Vor dem Hintergrund regionaler und globaler Umweltprobleme, die hier nur mit den Schlagworten Waldsterben, Treibhauseffekt, Ozonloch und Meeresverschmutzung angedeutet werden sollen, hat sich in vielen Staaten der Welt die Einsicht durchgesetzt, dass die Umwelt nicht allein durch den Einsatz des Privat- und Verwaltungsrechts, sondern auch mit dem Instrument strafrechtlicher Repression zu schützen ist.¹³ Auch in den EU-Mitgliedstaaten wird dem Strafrecht eine für die Durchsetzung der Umweltgesetze unverzichtbare flankierende Funktion zugeschrieben. Von einem einheitlichen europäischen Umweltschutzstandard kann allerdings nicht die Rede sein. Angesichts der erheblichen juristischen und praktischen Probleme, vor die sich die Strafverfolger vor allem in Fällen grenzüberschreitender Umweltkriminalität gestellt sehen,¹⁴ erscheint die Forderung unabweisbar, einheitliche umweltstrafrechtliche Standards zu schaffen. Nur ein vereinheitlichtes europäisches Umweltstrafrecht vermag der Einsicht Rechnung zu tragen, dass die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen schon per se ein universelles und nicht nur ein nationales Interesse darstellt.¹⁵ Hinzu

⁹ BGBl. 1993 II, S. 1784.

¹⁰ BGBl. 2002 II, S. 966.

¹¹ Vgl. hierzu die Mitteilung der Kommission; KOM (2003) S. 745 endg./2, S. 29.

¹² Vgl. hierzu *Epiney*, Umweltrecht in der Europäischen Union, 2. Aufl., 2005, S. 10 ff., 93 ff., 113 ff.

¹³ *Knaut*, Europäisierung des Umweltstrafrechts, Herbolzheim, 2005, S. 145-242.

¹⁴ Vgl. hierzu *Hecker*, ZStW 115 (2003), S. 880 ff. m. w. N.

¹⁵ Vgl. hierzu *Eisele*, in: Pache (Hg.), Die Europäische Union - Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts?, 2005, S. 134, 140 f.; *Höpfel*, Triffterer-FS, 1996, S. 425, S. 426 f.

kommt, dass divergierende umweltstrafrechtliche Standards in den Mitgliedstaaten ein Strafrechtsgefälle schaffen, dass zu Wettbewerbsverzerrungen führen kann und damit das Binnenmarktziel konterkariert.¹⁶

B. Strafrechtlicher Umweltschutz auf europäischer Ebene

I. Übereinkommen zum Schutz der Umwelt durch das Strafrecht

Das *Übereinkommen über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht*¹⁷ liegt seit dem 4. November 1998 zur Unterzeichnung aus. In dieser – bisher nur von Estland ratifizierten – Konvention des Europarats werden umweltstrafrechtliche Tatbestände formuliert, die von den beitretenden Staaten in nationales Recht umzusetzen sind. Bisher ist jedoch noch nicht einmal die für das Inkrafttreten der Konvention erforderliche Mindestzahl von drei Ratifikationen zustande gekommen. Es besteht jedoch die begründete Aussicht, dass es in absehbarer Zeit gelingt, wenigstens in den 27 EU-Mitgliedstaaten einen einheitlichen umweltstrafrechtlichen Mindeststandard zu etablieren.

II. Harmonisierungsbestrebungen innerhalb der EU

1. Vorschlag einer Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt vom 13. März 2001

Am 13. März 2001 legte die Kommission erstmals einen auf Art. 175 EGV gestützten *Richtlinienvorschlag über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt* vor.¹⁸ Nach Auffassung der Kommission reichen die bestehenden Sanktionsvorschriften der Mitgliedstaaten nicht aus, um die vollständige Einhaltung des EG-Umweltrechts zu gewährleisten. Der Richtlinienvorschlag sieht daher eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten vor, vorsätzlich oder grob fahrlässig begangene Verstöße gegen bestimmte Umweltschutzvorschriften der Gemeinschaft oder gegen harmonisiertes Umweltrecht mit hinreichend wirksamen, angemessenen und abschreckenden Sanktionen zu ahnden. Die in einem Anhang aufgelisteten Umweltschutzbestimmungen betreffen namentlich die Bereiche Gewässer-, Luft- und Bodenreinhaltung, Abfallbeseitigung, Artenschutz, Schutz der Ozonschicht und umweltrelevanter

¹⁶ Knaut (Fn. 13), S. 306.

¹⁷ ETS Nr. 172. Der Konventionstext sowie der aktuelle Ratifikationsstand können im Internet abgerufen werden unter <http://conventions.coe.int>.; vgl. hierzu Knaut (Fn. 12), S. 243 ff.

¹⁸ Vgl. KOM (2001) S. 139 endg. (ABIEG 2001 Nr. C 180 E, S. 238 ff.); vgl. hierzu nur Schmalenberg, Ein Europäisches Umweltstrafrecht, Berlin, 2004, passim.

Anlagenbetrieb. Hinsichtlich natürlicher Personen sollen die Mitgliedstaaten strafrechtliche Sanktionen einschließlich Freiheitsstrafe in schwerwiegenden Fällen androhen. Juristische Personen sollen mit dem Ausschluss von öffentlichen Zuwendungen oder Hilfen, vorübergehenden oder ständigen Verboten von Handelstätigkeiten oder mit richterlicher Aufsicht beziehungsweise einer richterlich angeordneten Auflösung sanktioniert werden.

2. Rahmenbeschluss über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht vom 27. Januar 2003

Die im Rat vertretenen Mitgliedstaaten lehnten aufgrund geltend gemachter Kompetenzvorbehalte mit überwältigender Mehrheit die Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Richtlinie ab. Stattdessen wurde nach langen Verhandlungen das Instrumentarium der dritten Säule der EU aktiviert. Am 27. Januar 2003 verabschiedete der Rat auf der Grundlage der Art. 29, 31 Lit. e, 34 II Lit. b EUV einen *Rahmenbeschluss über den Schutz der Umwelt durch das Strafrecht*, der am 6. Februar 2003 in Kraft getreten ist.¹⁹ Inhaltlich lehnt sich der Rahmenbeschluss weitgehend an das bereits erwähnte Übereinkommen des Europarates vom 4. November 1998 an, dessen Umsetzung in das deutsche Recht im Hinblick auf die Verhandlungen auf EU-Ebene zurückgestellt worden war.

Die Kommission stellte sich ihrerseits auf den Standpunkt, dass ein gemeinschaftsrechtlicher Besitzstand bei Umweltkriminalität nur durch das Gemeinschaftsrecht festgelegt werden könne und müsse. Dies gelte insbesondere für die Definition der umweltbelastenden Tätigkeiten, die strafbar sein sollen und die allgemeine Verpflichtung der Mitgliedstaaten, strafrechtliche Sanktionen vorzusehen. Ihre am 15. April 2003 eingereichte Klage²⁰ führte zur *Nichtigerklärung des Rahmenbeschlusses* durch Urteil des EuGH vom 13. September 2005.²¹ Nach Auffassung des EuGH greift der Rahmenbeschluss in die aus Art. 175 EGV abzuleitende Gesetzgebungszuständigkeit der EG ein, die gem. Art. 47 EUV gegenüber Rechtsakten der dritten Säule Vorrang genieße. Der Gemeinschaftsgesetzgeber ist demnach befugt, Maßnahmen in Bezug auf das Strafrecht der Mitgliedstaaten zu treffen, um die volle

¹⁹ ABIEG 2003 Nr. L 29, S. 55; vgl. hierzu *Knaut* (Fn. 13), S. 333 ff.; *Mansdörfer*, JURA 2004, S. 297 ff.

²⁰ ABIEG 2003 Nr. C 135, S. 21.

²¹ EuGH EuZW 2005, S. 632 = JZ 2006, S. 307 = EWS 2005, S. 454 = ZIS 2006, S. 179; vgl. hierzu *Böse*, GA 2006, S. 211; *Hecker*, Europäisches Strafrecht, 2. Aufl., Heidelberg, 2007, § 8 Rn. 27; *Hefendehl*, ZIS 2006, S. 161; *Heger*, JZ 2006, S. 310; *Kubiciel*, NSTZ 2007, S. 136; *Pohl*, ZIS 2006, S. 213; *Schäfer*, JA 2006, S. 342.

Wirksamkeit der von ihm zum Schutz der Umwelt erlassenen Rechtsnormen zu gewährleisten.

*3. Vorschlag einer Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt
vom 9. Februar 2007*

Am 9. Februar 2007 legte die Kommission einen neuen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt vor.²² Nach Art. 3 RL-Vorschlag haben die Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass die folgenden Handlungen Straftaten darstellen, wenn sie vorsätzlich oder zumindest grob fahrlässig begangen werden:

(a) die Einleitung, Abgabe oder Einbringung einer Menge von Stoffen oder ionisierender Strahlung in die Luft, den Boden oder das Wasser, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Personen verursacht;

(b) die rechtswidrige Einleitung, Abgabe oder Einbringung einer Menge von Stoffen oder ionisierender Strahlung in die Luft, den Boden oder das Wasser, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Personen oder erhebliche Schäden hinsichtlich der Luft-, Boden- oder Wasserqualität bzw. an Tieren oder Pflanzen verursacht oder verursachen kann;

(c) die rechtswidrige Behandlung, einschließlich Beseitigung, Lagerung, Beförderung, Ausfuhr oder Einfuhr von Abfällen, einschließlich gefährlicher Abfälle, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Personen oder erhebliche Schäden hinsichtlich der Luft-, Boden- oder Wasserqualität sowie an Tieren oder Pflanzen verursacht oder verursachen kann;

(d) der rechtswidrige Betrieb einer Anlage, in der eine gefährliche Tätigkeit ausgeübt wird oder in der gefährliche Stoffe oder Zubereitungen gelagert oder verwendet werden, wodurch außerhalb dieser Anlage der Tod oder eine schwere Körperverletzung von Personen oder erhebliche Schäden hinsichtlich der Luft-, Boden- oder Wasserqualität sowie an Tieren oder Pflanzen verursacht werden oder verursacht werden können;

(e) die illegale Beförderung von Abfällen im Sinne von Artikel 2 Nummer 35 der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates²³ aus Gewinnstreben und in nicht unerheblicher Menge, unabhängig davon, ob es sich bei der

²² KOM (2007), S. 51 endg; vgl. ausführlich hierzu *Heger*, Die Europäisierung des deutschen Umweltstrafrechts, 2008, S. 275 ff.

²³ ABIEG 2006 Nr. L 190, S. 1. Diese neue AbfVerbrVO ersetzt die VO (EWG) Nr. 259/93 (ABIEG 1993 Nr. L 30, S. 1), die mit Wirkung ab dem 12. Juli 2007 aufgehoben wurde.

Beförderung um einen einzigen Vorgang oder um mehrere, offensichtlich zusammenhängende Vorgänge handelt;

(f) die rechtswidrige Herstellung, Behandlung, Lagerung, Verwendung, Beförderung, Ausfuhr oder Einfuhr von Kernmaterial oder anderen gefährlichen radioaktiven Stoffen, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Menschen oder erhebliche Schäden hinsichtlich der Luft-, Boden- oder Wasserqualität sowie an Tieren oder Pflanzen verursacht oder verursachen kann;

(g) der unerlaubte Besitz, die unerlaubte Entnahme, Beschädigung oder Tötung von sowie der unerlaubte Handel mit geschützten wildlebenden Tier- oder Pflanzenarten oder Teilen davon;

(h) die rechtswidrige erhebliche Schädigung eines geschützten Lebensraums;

(i) der rechtswidrige Handel mit oder die rechtswidrige Verwendung von Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen.

Die Beteiligung an oder die Anstiftung zu den in Artikel 3 genannten Handlungen soll unter Strafandrohung gestellt werden (Art. 4 RL-Vorschlag). Als „rechtswidrig“ bezeichnet Art. 2 Lit. a RL-Vorschlag Verstöße gegen umweltschutzbezogene Rechtsvorschriften der Gemeinschaft oder gegen nationale Gesetze, verwaltungsrechtliche Vorschriften oder Entscheidungen einer zuständigen Behörde. Art. 5 RL-Vorschlag verlangt den Mitgliedstaaten die Einführung wirksamer, angemessener und abschreckender Sanktionen ab. Für bestimmte Straftaten nach Art. 3 RL-Vorschlag, die unter Verwirklichung erschwerender Umstände (z. B. Tod oder schwere Körperverletzung einer Person; erhebliche Schädigung der Umwelt; Tatbegehung im Rahmen einer kriminellen Vereinigung) begangen werden, sind Mindesthöchststrafen festgelegt.

Anordnungen über die Haftung und Sanktionierung juristischer Personen ergeben sich aus Art. 6 und 7 RL-Vorschlag, wobei auch nichtkriminalstrafrechtliche Sanktionen als ausreichend erachtet werden. Mitgliedstaaten, die in ihrer Rechtsordnung die strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen nicht anerkennen, sind also nicht verpflichtet, ihr nationales System zu ändern.

4. Cursorische Würdigung des Richtlinienvorschlags

Da die schlichte Zuwiderhandlung gegen gemeinschaftsrechtliches Umweltrecht die Verhängung kriminalstrafrechtlicher Sanktionen nicht zu legitimieren vermag, muss durch Anlegung materieller Strafbarkeitskriterien eine klare Grenzziehung zu bloßem

Verwaltungs- bzw. Ordnungsunrecht gewährleistet werden. Diesem Erfordernis trägt der Richtlinienvorschlag durch seine Anknüpfung an bestimmte Erheblichkeitsschwellen und Eignungserfordernisse angemessene Rechnung.

Bedenklich erscheint aus kompetenzrechtlichen Gründen die in Art. 2 Lit. a RL-Vorschlag getroffene Bestimmung, wonach nicht nur Verstöße gegen Umweltbestimmungen des Gemeinschaftsrechts, sondern auch gegen nationales Umweltrecht als „rechtswidrig“ zu bewerten sind. Die Kompetenzgrundlage des Art. 175 EGV dient allein der effektiven Durchsetzung von unmittelbar geltendem Gemeinschaftsrecht und harmonisiertem Umweltrecht. Sie ermächtigt mithin nicht dazu, den Mitgliedstaaten Pönalisierungspflichten bei Verstößen gegen nichtharmonisiertes nationales Umweltrecht aufzuerlegen. Nach hier vertretener Auffassung muss es dem freien gesetzgeberischen Ermessen der Mitgliedstaaten überlassen bleiben, ob und inwieweit sie solchen Verstößen strafrechtliche Relevanz beimessen.

Nicht von Primärrecht gedeckt sein dürfte auch das in Art. 3 Lit. a RL-Vorschlag formulierte Tötungs- und Körperverletzungsdelikt. Da dieses Delikt auf die Umweltrechtswidrigkeit der Tathandlung gänzlich verzichtet, liegt seine Regelungsmaterie außerhalb der von Art. 174 EGV abgesteckten Gemeinschaftskompetenz auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

C. Europäische Mindeststandards und deutsches Umweltstrafrecht

I. Grundstrukturen und Charakteristika des deutschen Umweltstrafrechts

Die deutsche Rechtsordnung verfügt seit 1980 über ein modernes Umweltstrafrecht, dessen Tatbestandskatalog zuletzt im Jahre 1994 durch das 2. UKG verschärft und erweitert wurde. Der Gesetzgeber hat sich klar für die Anerkennung eigenständiger ökologischer Rechtsgüter und deren Schutzwürdigkeit ausgesprochen. In der amtlichen Gesetzesbegründung wird ausgeführt:

„Der Lebensraum und die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen – und zwar sowohl des einzelnen als auch der gesamten Bevölkerung – verdienen den strafrechtlichen Schutz und die Beachtung, die im Kernbereich des Strafrechts zum Schutze der klassischen, insbesondere individualrechtlichen Rechtsgüter seit langem selbstverständlich sind. Der strafrechtliche Umweltschutz darf sich nicht allein auf den Schutz des menschlichen Lebens und menschlicher Gesundheit vor den Gefahren der Umwelt beschränken; er muss auch den Schutz elementarer Lebensgrundlagen wie

*Wasser, Luft und Boden als Bestandteile des menschlichen Lebensraumes einbeziehen und solche ökologischen Schutzgüter auch als Rechtsgüter anerkennen.*²⁴“

Nach h. M. liegt den Umweltdelikten eine *ökologisch-anthropozentrische Rechtsgutskonzeption* zugrunde.²⁵ Damit kommt zum Ausdruck, dass die Umweltmedien Gewässer, Boden und Luft zwar als eigenständige ökologische Rechtsgüter anzuerkennen, jedoch nicht um ihrer selbst willen geschützt sind, sondern nur in ihrer Funktion als elementare natürliche Lebensgrundlagen des Menschen.

Als zentrale Bestimmungen des 29. Abschnittes des StGB sind folgende Straftatbestände hervorzuheben:

- Gewässerverunreinigung (§ 324 StGB)
- Bodenverunreinigung (§ 324 a StGB)
- Luftverunreinigung (§ 325 StGB)
- Verursachen von Lärm (§ 325 a StGB)
- Unerlaubter Umgang mit Abfällen (§ 326 Abs. 1 StGB)
- Abfalltourismus (§ 326 Abs. 2 StGB)
- Unerlaubter Betrieb von Anlagen (§ 327 StGB)
- Unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen und Gütern (§ 328 StGB)
- Gefährdung schutzbedürftiger Gebiete (§ 329 StGB)
- Besonders schwerer Fall einer Umweltstraftat (§ 330 StGB)
- Schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften (§ 330 a StGB)

Das 2. UKG setzt die im Jahre 1980 eingeleitete kriminalpolitische Tendenz einer weiten Vorverlagerung der Strafbarkeit durch die Schaffung abstrakter Gefährdungsdelikte fort. So hängt z. B. die Erfüllung des Tatbestands der Luftverunreinigung (§ 325 Abs. 1 StGB) nur von der Feststellung ab, dass die Luft infolge der Tathandlung so verunreinigt wird, dass sie generell geeignet erscheint, die im Gesetz genannten Rechtsgüter zu schädigen. Auch der Tatbestand des § 326 Abs. 1 Nr. 4 a StGB ist bereits erfüllt, wenn unbefugt Abfälle beseitigt werden, die nach Art, Beschaffenheit oder Menge geeignet sind, nachhaltig ein Gewässer, die Luft oder den Boden zu verunreinigen. Der Eintritt eines Schadens oder auch nur einer konkreten

²⁴ BT-Drs. 8/2382, S. 9 f.

²⁵ Vgl. hierzu nur *Bloy*, JuS 1997, S. 577, S. 578 ff.; *Rengier*, NJW 1990, S. 2506 ff.

Rechtsgutsgefährdung wird also nicht vorausgesetzt. Fast alle Umweltdelikte erstrecken sich auf das Versuchsstadium.²⁶ Ferner wird der Anwendungsbereich der Umweltstrafgesetze dadurch erweitert, dass bereits fahrlässiges Verhalten unter Strafandrohung gestellt wird.

Ein Charakteristikum des deutschen Umweltstrafrechts ist die *Verwaltungsakzessorietät der Umweltdelikte*, also ihre Abhängigkeit vom Umweltverwaltungsrecht.²⁷ Besonders deutlich gelangt dieses Prinzip in denjenigen Tatbeständen zum Ausdruck, die - wie etwa die Boden - oder Luftverunreinigung (§§ 324 a, 325 StGB)- an die „*Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten*“ anknüpfen. Verwaltungsrechtliche Pflichten sind nach der Legaldefinition des § 330 d Nr. 4 StGB solche, die sich aus einer Rechtsvorschrift (Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung), einer gerichtlichen Entscheidung, einem vollziehbaren Verwaltungsakt, einer vollziehbaren Auflage oder einem öffentlich-rechtlichen Vertrag ergeben und dem Schutz vor Gefahren oder schädlichen Einwirkungen auf die Umwelt, insbesondere auf Menschen, Tiere oder Pflanzen, Gewässer, Luft oder den Boden dienen.

Eine andere Gruppe von Umweltdelikten knüpft an ein Handeln *ohne die erforderliche Genehmigung* oder an einen Verstoß *gegen ein verwaltungsrechtliches Verbot* an (z. B. §§ 326 Abs. 2, 327 Abs. 1, 328 Abs. 1, 329 Abs. 1 StGB).

Das für die Verwaltungsakzessorietät der Umweltdelikte ebenfalls typische Merkmal „*unbefugt*“ (vgl. §§ 324, 326 StGB) stellt eine Konkretisierung des allgemeinen Verbrechensmerkmals der Rechtswidrigkeit dar. Kein unbefugtes Handeln liegt vor, wenn der Akteur sich auf eine verwaltungsrechtliche Gestattung berufen kann. Materiell rechtswidrige, aber dennoch wirksame begünstigende Verwaltungsakte entfalten nach ganz h. M. eine strafrechtliche Gestattungswirkung, welche die Strafbarkeit ausschließt.²⁸ Eine Grenze zieht § 330 d Nr. 5 StGB für die Fälle der *rechtsmissbräuchlichen* Inanspruchnahme einer wirksamen Genehmigung, Planfeststellung oder sonstigen Zulassung. Zu denken ist vor allem an die Fälle einer durch Drohung, Bestechung, Kollusion oder Täuschung erlangten Genehmigung. Kein Konsens besteht bezüglich der umweltstrafrechtlichen Behandlung rechtswidriger belastender Verwaltungsakte (z. B. Untersagungsanordnungen, Auflagen). Die höchstrichterliche Rechtsprechung geht davon aus, dass sich deren Adressat auch dann strafbar macht, wenn er einem rechtswidrigen, aber bestandskräftigen Verwaltungsakt zuwiderhandelt.²⁹

²⁶ Keine Versuchsstrafbarkeit sehen vor §§ 325, 325a, 327, 329 StGB.

²⁷ Vgl. hierzu *Cramer/Heine*, in: Schönke/Schröder, StGB, 27. Aufl., München, 2006, Vorbem §§ 324 ff. Rn. 12 ff.; *Kloepfer/Vierhaus*, Umweltstrafrecht, 2. Aufl., München, 2002, Rn. 26 ff.

²⁸ *Cramer/Heine* (Fn. 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 16a m. w. N.

²⁹ BGHSt S. 23, 86; 31, S. 315; zust. *Cramer/Heine* (Fn. 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 16a m. w. N.

Weitgehend anerkannt ist, dass ein Handeln ohne erforderliche Genehmigung (z. B. eine Gewässereinleitung) trotz materieller Genehmigungsfähigkeit strafrechtlich rechtswidrig ist.³⁰ Auch besteht weithin Einigkeit darüber, dass eine nachträglich erteilte Genehmigung ein zum Tatzeitpunkt unbefugtes Verhalten nicht straflos zu stellen vermag.³¹

Spezielle *Amtsträgertatbestände* kennt das deutsche Umweltstrafrecht nicht.³² Die umweltstrafrechtliche Haftung von Amtsträgern richtet sich somit nach den allgemeinen Regeln über Täterschaft, Teilnahme und Unterlassen (§§ 13, 25-27 StGB). Wegen vorsätzlicher Gewässerverunreinigung (§ 324 Abs. 1 StGB) macht sich z. B. ein Amtsträger strafbar, der bewusst eine nicht genehmigungsfähige Gewässereinleitung gestattet oder der gegen eine rechtswidrige Gewässereinleitung nicht einschreitet.

II. Schutzbereich der deutschen Umweldelikte

Nach geltendem Gemeinschaftsrecht sind die Mitgliedstaaten aufgrund des in Art. 10 EGV verankerten Loyalitätsgebotes verpflichtet, ihre Strafrechtssysteme zum Schutze und zur Durchsetzung von Gemeinschaftsinteressen zu funktionalisieren (sog. „Assimilierungsprinzip“). Der EuGH postuliert in ständiger Rechtsprechung die Pflicht der Mitgliedstaaten, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um Verstöße gegen Gemeinschaftsrecht nach ähnlichen sachlichen und verfahrensrechtlichen Regeln zu ahnden wie gleichartige Verstöße gegen nationales Recht. Den Mitgliedstaaten verbleibe zwar die Wahl der Sanktionen. Diese müssten aber wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Dies bedeutet, dass die Anwendbarkeit von Tatbeständen des nationalen Umweltstrafrechts auch in den Fällen sichergestellt sein muss, in denen der Täter das gemeinschaftsrechtlich geformte supranationale Rechtsgut Umwelt angreift. In diesem Zusammenhang ist an die Schaffung von *Gleichstellungsvorschriften* zu denken, durch die klargelegt wird, dass auch dem Verstoß gegen EG-Umweltrecht Tatbestandsrelevanz zukommt. Der gleiche Effekt kann aber zumeist auch schon durch eine *gemeinschaftskonforme Auslegung der Umweldelikte*³³ erzielt werden.

Der Schutzbereich der nationalen Umweldelikte muss sich im Lichte des Art. 10 EGV auf alle Umweltgüter (insbesondere Gewässer, Luft und Boden) in den EG-Mitgliedstaaten erstrecken.³⁴ Die frühere Judikatur des BGH,³⁵ nach welcher das

³⁰ OLG Köln, wistra 1991, 74; *Cramer/Heine* (Fn. 26) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 19 m. w. N.

³¹ *Cramer/Heine* (Fn. 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 19 m. w. N.

³² *Cramer/Heine* (Fn. 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 29 m. w. N.

³³ Vgl. hierzu BGHSt 37, S. 333; *Hecker* (Fn. 21), § 10 Rn. 56, 73 ff.

³⁴ *Cramer/Heine*, in: Schönke/Schröder (Fn. 27), Vorbem §§ 324 ff. Rn. 7 e; § 330 d Rn. 3; *Vormbaum*,

deutsche Abfallstrafrecht nur inländische Umweltgüter schütze, ist mit diesen europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar. Sie ist jedoch ohnehin überholt, seitdem die Beschränkung des Gewässerbegriffs in § 330 d Nr. 1 StGB a. F. auf Tatobjekte „im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes“ durch das 2. UKG³⁶ aufgehoben wurde. Deutsches Umweltstrafrecht ist somit prinzipiell auch auf Fälle mit grenzüberschreitender Dimension anwendbar. Weitere Voraussetzung ist allerdings, dass eine Strafrechtsanwendungsbestimmung (§§ 3-7, 9 StGB) die Ausdehnung deutscher Strafgewalt im konkreten Einzelfall gestattet.³⁷

III. Gemeinschaftsrechtliche Tatbestandsvorgaben und deutsches Umweltstrafrecht

Falls eine dem Vorschlag der Kommission vom 9. Februar 2007 entsprechende Richtlinie erlassen wird, muss der deutsche Gesetzgeber einen etwaigen Anpassungsbedarf an gemeinschaftsrechtliche Tatbestandsvorgaben prüfen. Der RL-Vorschlag legt – von dem kompetenzrechtlich bedenklichen § 3 Lit. a RL-Vorschlag abgesehen – eine *verwaltungsakzessorische Tatbestandsstruktur* des europäischen Umweltstrafrechts zugrunde, die - wie gezeigt - auch dem deutschen Umweltstrafrecht immanent ist.

Das Einleiten, Abgeben oder Einbringen einer Menge von Stoffen oder ionisierender Strahlung in die Luft, den Boden oder das Wasser, welches den Tod oder eine schwere Körperverletzung einer Person verursacht (Art. 3 Lit. a RL-Vorschlag) wird bereits von den Tötungs- und Körperverletzungsdelikten (§§ 211 ff., 223 ff. StGB) erfasst. Die vorsätzlich wie fahrlässig begehbaren §§ 311, 324, 324 a, 325, 326, 330, 330 a StGB sind anwendbar auf die rechtswidrige Einleitung, Abgabe oder Einbringung einer Menge von Stoffen oder ionisierender Strahlung in die Luft, den Boden oder das Wasser, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Personen oder erhebliche Schäden hinsichtlich der Luft-, Boden- oder Wasserqualität bzw. an Tieren oder Pflanzen verursacht oder verursachen kann (Art. 3 Lit. b RL-Vorschlag).

Die rechtswidrige Behandlung, einschließlich Beseitigung, Lagerung, Beförderung, Ausfuhr oder Einfuhr von Abfällen, einschließlich gefährlicher Abfälle, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Personen oder erhebliche Schäden hinsichtlich der Luft-, Boden- oder Wasserqualität sowie an Tieren oder Pflanzen verursacht oder

Schutz der Rechtsgüter von EU-Staaten durch das deutsche Strafrecht, 2005, S. 155 ff.

³⁵ BGHSt 40, S. 79; vgl. hierzu die zutr. Gegenargumentation von *Reugier*, JR 1996, S. 34 ff.

³⁶ Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität v. 27. Juni 1994 (BGBl. I 1994, S. 1440).

³⁷ Vgl. hierzu *Eser*, in: Schönke/Schröder (Fn. 27), Vorbem §§ 3-7, Rn. 24, § 9 Rn. 6; *Hecker* (Fn. 21), § 2 Rn. 38 ff.; *ders.*, ZStW 115 (2003), S. 880, 885 ff.; *Martin*, ZRP 1992, S. 19.

verursachen kann (Art. 3 Lit. c RL-Vorschlag), wird von den Abfalldelikten des § 326 StGB, ggf. als besonders schwerer Fall gem. § 330 StGB, erfasst.

Der rechtswidrige Betrieb einer Anlage, in der eine gefährliche Tätigkeit ausgeübt wird oder in der gefährliche Stoffe oder Zubereitungen gelagert oder verwendet werden, wodurch außerhalb dieser Anlage der Tod oder eine schwere Körperverletzung von Personen oder erhebliche Schäden hinsichtlich der Luft-, Boden- oder Wasserqualität sowie an Tieren oder Pflanzen verursacht werden oder verursacht werden können (Art. 3 Lit. d RL-Vorschlag), kann sich als Anlagendelikt nach § 327 StGB, aber auch als Straftat gem. §§ 324, 324 a, 325, 325 a StGB darstellen.

Die Tathandlung der illegalen Beförderung von Abfällen im Sinne von Artikel 2 Nummer 35 der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates³⁸ aus Gewinnstreben und in nicht unerheblicher Menge (Art. 3 Lit. e RL-Vorschlag) wird von § 326 Abs. 2 StGB erfasst.

Die rechtswidrige Herstellung, Behandlung, Lagerung, Verwendung, Beförderung, Ausfuhr oder Einfuhr von Kernmaterial oder anderen gefährlichen radioaktiven Stoffen, die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Menschen oder erhebliche Schäden hinsichtlich der Luft-, Boden- oder Wasserqualität sowie an Tieren oder Pflanzen verursacht oder verursachen kann (Art. 3 Lit. f RL-Vorschlag), wird vor allem von § 328 Abs. 1-3 StGB unter Strafandrohung gestellt. Daneben können §§ 324, 324 a, 325, 326, 330 a StGB sowie die allgemeinen Tötungs- und Körperverletzungsdelikte eingreifen. Die rechtswidrige erhebliche Schädigung eines geschützten Lebensraumes (Art. 3 Lit. h RL-Vorschlag) ist gem. § 329 Abs. 3 StGB strafbar.

Ergänzt werden die umweltstrafrechtlichen Bestimmungen des StGB durch eine Fülle nebenstrafrechtlicher Bestimmungen, die z. B. im BNSchG³⁹ und im ChemikG⁴⁰ niedergelegt sind. So werden der unter Art. 3 Lit. g RL-Vorschlag aufgeführte unerlaubte Besitz, die Entnahme, Beschädigung oder Tötung von sowie der unerlaubte Handel mit geschützten wildlebenden Tier- oder Pflanzenarten oder Teilen davon, zumindest in den Fällen, in denen sie nach der Definition in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vom Aussterben bedroht sind, von § 66 BNSchG mit Strafe bedroht. Der rechtswidrige Handel mit oder die rechtswidrige Verwendung von Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht beitragen (Art. 3 Lit. i RL-Vorschlag) stellt eine gem. § 7

³⁸ ABIEG 2006 Nr. L 190, S. 1.

³⁹ Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege v. 25. März 2002 (BGBl. I 2002, S. 1193).

⁴⁰ Chemikaliengesetz i. d. F. v. 20. Juni 2002 (BGBl. I 2002, S. 2090).

ChemOzonSchichtV⁴¹ i. V. m. § 27 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2-4 ChemikG strafbare Handlung dar.

Die §§ 30, 130 OWiG sehen eine bußgeldrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen und Personenvereinigungen sowie des Betriebsinhabers, des gesetzlichen Vertreters, des Betriebsleiters und der aufsichtspflichtigen Person vor, wenn eine Person als vertretungsberechtigtes Organ oder Organmitglied bzw. als Generalbevollmächtigter, Prokurist oder Handlungsbevollmächtigter in leitender Stellung zugunsten der juristischen Person handelt oder wenn eine mangelnde Überwachung oder Kontrolle die Straftat ermöglicht hat.

Bei kursorischer Betrachtung sind somit alle in Art. 3 Lit. a-i RL-Vorschlag aufgeführten Handlungen nach deutschem Recht bereits strafbar und mit richtlinienkonformen Sanktionen bedroht. Dass die deutschen Umweltstrafnormen durchgehend eine strengere bzw. weiterreichende strafrechtliche Haftung statuieren als von dem RL-Vorschlag verlangt wird, ist im Hinblick auf Art. 176 EGV nicht zu beanstanden. Nach Art. 176 EGV ist es den Mitgliedstaaten nicht verwehrt, stärkere als die geforderten Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu ergreifen.

Anpassungsbedarf besteht im Hinblick auf die in Art. 2 Lit. a RL-Vorschlag enthaltene Regelungsvorgabe, auch Verstöße gegen nationale Gesetze, verwaltungsrechtliche Vorschriften oder Entscheidungen einer zuständigen Behörde als „rechtswidrige“ Verhaltensweise zu erfassen. Bislang konnte nämlich noch nicht abschließend geklärt werden, ob und inwieweit die tatbestandsrelevante Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten auch am Maßstab ausländischen Umweltrechts gemessen werden darf.⁴² Daher empfiehlt sich eine Änderung des § 330 d StGB dahingehend, dass im Rahmen der nationalen Umweltsdelikte auch solchen Ge- und Verboten Tatbestandsrelevanz zukommt, die auf harmonisiertem Umweltrecht anderer Mitgliedstaaten beruhen.

D. Schlussbemerkung

Es verdient Beifall, dass der EuGH mit seinem Urteil vom 13. September 2005 den Weg für eine Harmonisierung des Umweltstrafrechts frei macht. Eine Mindestangleichung der einschlägigen Umweltstrafatbestände in den 27 EU-Mitgliedstaaten ist nicht nur als bedeutender Fortschritt bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Umweltsdelinquenz zu begrüßen. Ihr kommt auch die Bedeutung zu, die universale

⁴¹ Chemikalien-Ozonschichtverordnung vom 13. November 2006 (BGBl. I 2006, S. 2638).

⁴² Vgl. hierzu *Cramer/Heine*, in: Schönke/Schröder (Fn. 27), § 330 d Rn. 19 m. w. N.

Dimension und Schutzwürdigkeit der Umwelt im Rechtsbewusstsein der Bürger zu verankern. Ein harmonisiertes Umweltstrafrecht könnte nicht zuletzt auch eine Vorbildwirkung für Strafrechtsordnungen außerhalb der EU entfalten. Der Richtlinienvorschlag der Kommission vom 9. Februar 2007 sollte daher baldmöglichst beraten und als Richtlinie vom Rat beschlossen werden.

Avrupa Birliğinde Çevre Ceza Yasasının Asgari Standartlarının belirlenmesi

Prof. Dr. Bernd Hecker¹

Übersetzt von: Rabia Ünlü, LL.M.Eur.

A. Evrensel bir Görev olan Çevre ve İklim Koruması

Çevrenin ve iklimin korunması uluslararası, Avrupa ve ulusal platformda öncelik verilmesi gereken küresel bir görevdir. 1970'li yılların ilk yarısında da çevre sorunu Birleşmiş Milletler tarafından ele alınmıştır.² 1972 yılında Stockholm'da yapılan ve insani çevreyle ilgili bir deklarasyonun kabul edildiği Birleşmiş Milletler Çevre Konferansında uluslararası çevre hukukunun gelişimi için önemli bir adım atılmıştır.³ Sınırötesi çevreye verilen zararlar ve alınması gereken önlemlerle ilgili bir çok uluslararası antlaşmalar yapılmıştır. Şu çok taraflı anlaşmalar örnek olarak belirtilebilir:

- Denizlerin Karadan Her Türü Atıklar ve Diğer Maddelerle Kirletilmesinin Önlenmesine İlişkin, 29 Aralık 1972 tarihli Sözleşme;⁴
- Gemilerin Sebep Olduğu Deniz Kirliliğinin Önlenmesine İlişkin, 2 Aralık 1973 tarihli Uluslararası Anlaşma;⁵
- Geniş Alanı Kapsayan Sınırötesi Hava Kirliliği ile ilgili 13 Kasım 1979 tarihli Cenevre Sözleşmesi;⁶
- Ozon Tabakasının Korunmasına Dair 22 Mart 1985 Tarihli Montreal Protokolü ve 16 Eylül 1987 Tarihli Viyana Sözleşmesi;⁷
- Tehlikeli Atıkların Sınırötesi Taşınmasının ve Bertarafının Kontrolüne İlişkin 22 Mart 1989 Tarihli Basel Sözleşmesi;⁸
- 9 Mayıs 1992⁹ Tarihli Birleşmiş Milletler İklim Değişikliği Çerçeve Sözleşmesi ve 11 Aralık 1997¹⁰ Tarihli Kyoto Protokolü (Amaç: atmosferdeki sera gazlarının yoğunluğunun dengede kalmasını sağlamaktır.).

¹ Justus-Liebig-Universität, Gießen.

² *Kimminich/Hobe*, Völkerrecht, 8. Aufl., Tübingen, 2004, S. 472 ff.; *Vitzthum/Bothe*, Völkerrecht, 3. Aufl., Berlin, 2004, 5. Abschn. Rn. 89 ff.

³ United Nations Declaration on the Human Environment, Report of the United Nations Conference of the Human Environment, UN Doc. A/CONF. 48/14.

⁴ BGBl. 1977 II, S. 180; BGBl. 1987 II, S. 118.

⁵ BGBl. 1982 II, S. 2.

⁶ BGBl. 1982 II, S. 374.

⁷ BGBl. 1988 II, S. 902 und BGBl. 1988 II, S. 1015.

⁸ BGBl. 1994 I, S. 2771; 1994 II, S. 2703; kaldırılmış ve 14.06.2006'nın çöplerin kaldırılmasıyla ilgili olan VO (EG) Nr. 1013/2006 ile değiştirilmiştir (ABIEG 2006 Nr. 2 190, 1).

Avrupa'da çevrenin ve iklimin korunması, Avrupa Topluluklarının izlediği çevre politikalarıyla şekillendirilmektedir. Zaman içerisinde, Avrupa Toplulukları, dünya çapında önemli uluslararası çevre organizasyonlarından birisi haline gelmiştir. Çevrenin korunmasıyla ilgili aşağı yukarı 200 tüzük ve yönerge bulunmaktadır.¹¹ 1970'li yılların başından itibaren Avrupa çevre politikaları, dinamik esaslı Avrupa Toplulukları Kuruluş Anlaşmasının (ATA) temeli üzerinde oluşturulmuştur. 1987 yılında Avrupa Tek Senedinin yürürlüğe girmesiyle, Avrupa Toplulukları Anlaşmasına çevreyle ilgili eklenen bir paragrafla (ATA m. 174-176, eski m. 130) çevre korunmasına verilen önem artmıştır. Bu paragraf Maastricht (1992) ve Amsterdam (1997) anlaşmalarıyla daha sonra geliştirilmiştir. Çevre koruması böylelikle ortak pazarın gerçekleştirilmesine yarayan bir araç olmaktan çıkarılmış, tek başına bir anlaşma konusu haline getirilmiştir.¹² Avrupa Toplulukları Anlaşmasının 2. maddesine göre çevrenin kalitesini arttırmak ve üstün bir çevre korumasını sağlamak Birliğin görevleri arasındadır.

Orman alanlarının yok olması, sera gazı etkisi, ozon tabakasının delinmesi ve deniz kirliliği gibi vurgulayıcı terimlerle ifade edilen tüm bölgesel ve global çevre sorunları, birçok ülkede çevre korunmasının sağlanmasında sadece özel ve idare hukukunun kullanılmasının yeterli olmayacağı ve ceza hukukunun caydırıcı etkisinin de bu konuda kullanılması gerektiği görüşünün hakim olmasını sağlamıştır.¹³ Avrupa birliği üye ülkelerinin de, çevre kanunlarının uygulanmasında ceza kanununun kaçınılmaz ve zorlayıcı işlevinden faydalanmaları beklenilmektedir. Fakat Avrupa'da tek tip bir çevre koruma standardından henüz söz edilemez. Ceza soruşturma ve kovuşturma organlarının, özellikle sınırötesi çevre suçları konusunda¹⁴ karşı karşıya kaldıkları hukuki ve pratik sorunlar nedeniyle, çevreyle ilgili ceza hukuku düzenlemelerinin standartlaştırılması kaçınılmaz görünmektedir. Doğal yaşam kaynaklarının korunması, doğası gereği ulusal değil evrensel bir konudur ve bu sorunla sadece standartlaştırılmış Avrupa Birliği çevre ceza hukuku ile başa çıkılabilecektir.¹⁵ Zira, Avrupa Birliği ülkelerinde birbirinden farklı çevre ceza hukuku standartlarının olması öyle ihtilaflar oluşturmaktadır ki, bu durum rekabet ortamını bozucu nitelikte olabilir ve bu da ortak pazarın amacına aykırı bir duruma sebebiyet verebilir.¹⁶

⁹ BGBl. 1993 II, S. 1784.

¹⁰ BGBl. 2002 II, S. 966.

¹¹ Bunun için Komisyonun duyurularını karşı.; KOM (2003) 745 endg./2, S. 29.

¹² Bunun için karşı.: *Epiney*, *Umweltrecht in der Europäischen Union*, 2. Aufl., 2005, S. 10 ff., 93 ff., 113 ff.

¹³ *Knaut*, *Europäisierung des Umweltstrafrechts*, Herbolzheim, 2005, S. 145-242.

¹⁴ Bunun için karşı.: *Hecker*, *ZStW* 115 (2003), S. 880 ff. m. w. N.

¹⁵ Bunun için karşı.: *Eisele*, in: *Pache* (Hg.), *Die Europäische Union – Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts?*, 2005, S. 134, 140 f.; *Höpfel*, *Triffterer-FS*, 1996, S. 425, S. 426 f.

¹⁶ *Knaut* (Dipnot 13), S. 306.

B. Avrupa'da Çevrenin Ceza Hukukuyla Korunması

I. Çevrenin Ceza Hukukuyla Korunmasına İlişkin Sözleşmeler

Çevrenin Ceza Hukukuyla Korunmasına İlişkin Sözleşme,¹⁷ 4 Kasım 1998 tarihinden bu yana yürürlüğe girememiştir. Şimdiye kadar sadece Estonya tarafından iç hukukuna uyarlanan bu Avrupa Konseyi Sözleşmesi, çevre ceza hukukuyla ilgili olarak, Avrupa Birliğine katılacak diğer ülkelerin de iç mevzuatlarına uyarlamaları gereken tanımlar getirmiştir. Avrupa Konseyi Sözleşmesinin yürürlüğe girmesi için, en az üç üye ülkenin iç mevzuatlarına uyarlamış olması şartı henüz yerine getirilmemiştir. Yakın bir gelecekte, en azından 27 üye ülkenin mevzuatında, ortak çevre ceza hukuku asgari standartları gerçekleştirilecektir.

II. Avrupa Birliği İçerisinde Uyumlaştırma Çabaları

1. Çevrenin Ceza Hukukuyla Korunmasına İlişkin

13 Mart 2001 Tarihli Yönerge Teklifi

Komisyon tarafından ilk defa 13 Mart 2001 tarihinde çevrenin ceza hukukuyla korunmasına ilişkin, Avrupa Toplulukları Anlaşmasının 175. maddesine dayandırılan bir yönerge teklif edilmiştir.¹⁸ Komisyonun görüşüne göre, Avrupa Topluluklarının çevre hukuku düzenlemelerine tam olarak uyulmasının sağlamak için, üye ülkelerin cezai yaptırımları yeterli değildir. Bu yüzden söz konusu yönerge teklifi, Avrupa topluluğunun çevrenin korunmasına ilişkin getirdiği düzenlemeleri veya uyumlaştırılmış çevre hukuku kurallarını kasten ya da taksirle ihlal edenlere karşı üye ülkelerin iç mevzuatlarında caydırıcı ve uygun cezai yaptırımlar getirmeleri zorunluluğunu öngörmektedir. Ekte bir liste halinde toplanmış olan çevre koruma maddeleri, suların, havanın ve karanın kirliliğinin önlenmesi, atıkların bertarafı, nesli tükenmekte olan hayvan ve bitki cinslerinin korunması, ozon tabakasının korunması ve çevreyi koruyucu tesisler gibi alanlarla ilgilidir. Üye ülkeler, ağır suçlarda gerçek kişiler için özgürlüğü kısıtlayıcı yaptırımlar öngörmelidir. Tüzel kişilerin, her türlü teşvik veya yardımlardan mahrum bırakılması, geçici veya daimi ticari faaliyetten men edilmesi veya hakim tarafından tayin edilmiş olduğu bir kayyımın denetimi altında veya öngördüğü bir başka çözümle ticari faaliyette bulunması gibi yaptırımlar öngörülmektedir.

¹⁷ ETS Nr. 172. Sözleşme metni ve güncel onaylanma durumu internette şu adreste görülebilir: <http://conventions.coe.int.>; vgl. hierzu *Knaut* (Dipnot 13), S. 243 ff.

¹⁸ Karş.: KOM (2001) 139 endg. (ABIEG 2001 Nr. C 180 E, S. 238 ff.); vgl. hierzu nur *Schmalenberg*, Ein Europäisches Umweltstrafrecht, Berlin, 2004, passim.

2. Çevrenin Ceza Hukuku Yoluyla Korunmasına dair 27 Ocak 2003 Tarihli Çerçeve Kararı

Avrupa konseyinde temsil edilen üye ülkeler, saklı tuttıkları kanun koyma yetkilerine dayanarak komisyonca hazırlanan yönerge teklifini oy çokluğuyla reddetmişlerdir. Bunun yerine uzun görüşmeler sonucunda Avrupa birliğinin üçüncü sütununu araç olarak kullanmayı kabul etmişlerdir. 27 Ocak 2003 tarihinde Avrupa Konseyi, Avrupa Birliği Anlaşmasının 29, 31/e ve 34/IIb maddelerine dayanarak, çevrenin ceza hukuku yoluyla korunmasına ilişkin bir çerçeve anlaşmasının 6 Şubat 2003 tarihinde yürürlüğe girmesini kabul etmiştir.¹⁹ Çerçeve kararı içerik olarak, yukarıda belirtilen ve Avrupa düzeyinde sürdürülen pazarlıklar neticesinde Alman iç hukukuna uyarlanması ertelenen Avrupa Konseyinin 4 Kasım 1998 tarihli sözleşmesine dayandırılmıştır.

Komisyonun savunduğu husus, çevre suçlarında Avrupa Toplulukları Hukukuna aidiyet halleri sadece Avrupa Birliği Hukukuyla saptanabilir ve saptanmak zorundadır. Bu durum özellikle cezalandırılması gereken çevreye zararlı faaliyetlerin tanımlarının yapılması ve üye ülkelerinin ceza yaptırımları öngörme yükümlülüklerinde geçerlidir. Komisyonun 15 Nisan 200 tarihinde açmış olduğu dava²⁰ üzerine Avrupa Adalet Divanı 13 Eylül 2005 tarihinde çerçeve anlaşmasının geçersiz olduğuna karar vermiştir.²¹ Adalet Divanı, söz konusu çerçeve anlaşmasının geçerliliği için, Avrupa Birliği Anlaşmasının 47. maddesi uyarınca üçüncü sütunla ilgili hukuksal metinlerde öncelikle göz önünde tutulması gereken yetki maddesinin Avrupa Toplulukları Anlaşmasının 175. maddesi olduğunu belirtmiştir. Böylelikle üye ülkelerinin etkili bir çevre korumalarını sağlamaları için ceza kanunlarıyla ilgili gereken önlemleri almak, Avrupa Topluluklarının yasama organının yetkisi dahilindedir.

3. Çevrenin Ceza Hukuku Yoluyla Korunmasına İlişkin 9 Şubat 2007 Tarihli Yönerge Teklifi

9 Şubat 2007 tarihinde Avrupa Komisyonu tarafından Avrupa Parlamentosuna ve Konseyine ceza kanunu yoluyla çevrenin korunmasının sağlanmasına ilişkin yeni bir yönerge teklifi sunulmuştur.²² Yönerge teklifinin 3. maddesine göre üye ülkeler,

¹⁹ ABIEG 2003 Nr. L 29, S. 55; Bunun için karşı: *Knaut* (Dipnot 13), S. 333 ff.; *Mansdörfer*, JURA 2004, 297 ff.

²⁰ ABIEG 2003 Nr. C 135, S. 21.

²¹ EuGH EuZW 2005, S. 632 = JZ 2006, S. 307 = EWS 2005, 454 = ZIS 2006, 179; vgl. hierzu *Böse*, GA 2006, 211; *Hecker*, Europäisches Strafrecht, 2. Aufl., Heidelberg, 2007, § 8 Rn. 27; *Hefendehl*, ZIS 2006, 161; *Heger*, JZ 2006, S. 310; *Kubiciel*, NStZ 2007, 136; *Pohl*, ZIS 2006, 213; *Schäfer*, JA 2006, S. 342.

²² KOM (2007), 51 endg.; ayrıntılı bilgi için karşı: *Heger*, Die Europäisierung des deutschen

aşağıdaki eylemlerin kasten ya da taksirle gerçekleştirilmesi halinde, suç sayılmasını sağlamak durumundadırlar.

(a) kişilerin ölümüne ya da ağır yaralanmasına sebebiyet verecek miktarda zararlı maddelerin ya da iyonlu ışınlarının havaya, karaya ya da suya aktarılması, bırakılması veya karıştırılması;

(b) kişilerin ölümüne veya ağır yaralanmasına, hava, yer veya su kalitesinin, hatta orada yaşayan hayvan ve bitkilerin ağır hasar görmesine sebebiyet veren ya da verebilecek miktarda olan zararlı maddelerin veya iyonlu ışınların havaya, karaya ya da suya hukuka aykırı olarak aktarılması, bırakılması ya da karıştırılması;

(c) kişilerin ölümüne veya ağır yaralanmasına, hava, yer veya su kalitesinin, hatta orada yaşayan hayvan ve bitkilerin ağır hasar görmesine sebebiyet veren ya da verebilecek miktarda tehlikeli madde atıkları gibi her türlü atığın hukuka aykırı olarak bertaraf edilmesi, depolanması, nakledilmesi, ithalat ya da ihracat edilmesi gibi her türlü işlem görmesi;

(d) tehlikeli faaliyetlerde bulunan, tehlikeli maddelerin veya ürünlerin depolandığı ya da kullanıldığı, bir tesisin hukuka aykırı olarak işletilmesi, bu tesis dışında kişilerin ölümüne veya ağır yaralanmasına, hava, yer veya su kalitesinin, hatta orada yaşayan hayvan ve bitkilerin ağır hasar görmesine sebebiyet verir veya verebilecek durumda olursa;

(e) Avrupa Parlamentosunun ve Konseyinin 1013/2006 sayılı Avrupa Toplulukları Tüzüğü'nün 2. maddesinin 35. Numarası anlamında,²³ önemli miktardaki atığın, bir kereye mahsus veya açıkça birbiriyle bağlantılı birden fazla kez gerçekleştirilmiş olmasından bağımsız olarak yapılan kar amaçlı nakli;

(f) kişilerin ölümüne veya ağır yaralanmasına, hava, yer veya su kalitesinin, hatta orada yaşayan hayvan ve bitkilerin ağır hasar görmesine sebebiyet veren ya da verebilecek nitelikteki nükleer ya da diğer tehlikeli bir radyoaktif maddenin hukuka aykırı olarak imalatı, işlenmesi, depolanması, kullanılması, nakli, ithalatı ya da ihracatı;

(g) nesli korunan yabancı hayvanlarla bitkilere ya da bunlara ait parçalara izinsiz olarak sahip olmak, elde etmek, zarar vermek veya öldürmek yahut da izinsiz ticaretini yapmak;

Umweltstrafrechts, 2008, S. 275 ff.

²³ ABIEG 2006 Nr. L 190, S. 1. Diese neue AbfVerbrVO ersetzt die VO (EWG) Nr. 259/93 (ABIEG 1993 Nr. L 30, S. 1), die mit Wirkung ab dem 12. Juli 2007 aufgehoben wurde.

(h) koruma altına alınan doğal yaşam alanlarının hukuka aykırı olarak ağır zarar görmesi;

(i) ozon tabakasının incelmeye sebebiyet veren maddelerin yasadışı kullanımı veya ticareti;

3. maddede sayılan yasadışı faaliyetlere iştirak ya da azmettirme de cezai yaptırıma bağlanmalıdır (yönerge teklifinin 4. maddesi). Avrupa Toplulukları mevzuatı, ulusal kanunlar, idare hukuku kuralları veya bu konudaki yetkili organların, çevrenin korunmasına ilişkin hukuksal kurallarına aykırılıklar yönerge teklifinin 2a maddesi uyarınca „hukuka aykırı“ olarak nitelendirilir. Yönerge teklifinin 5. maddesi üye ülkelerin iç hukuklarında etkili, dengeli ve caydırıcı yaptırımlar yaratmalarını öngörmektedir. Teklifin 3. maddesine göre, belirli suç tiplerinin ağır şekilleri için (örneğin bir kişinin ölüm veya ağır yaralanmasına; çevrenin önemli zarara uğramasına veya eylemin suç işlemek için kurulmuş bir örgütü bağlamında gerçekleştirilmesi) ağır cezalar öngörülmelidir.

Tüzel kişilerin hukuki sorumluluğu ile bunlara uygulanacak yaptırımlar yönerge teklifinin 6. ve 7. maddelerinde yer almaktadır. Ancak bunlara yönelik yaptırımların cezai nitelikte olması zorunlu değildir. Mevzuatında tüzel kişilere herhangi bir cezai sorumluluk öngörmeyen üye ülke, bu konudaki iç hukukunu değiştirmek zorunda değildir.

4. Yönerge Teklifinin Kısa Bir Değerlendirmesi

Avrupa Toplulukları çevre hukukuna basit aykırılıklara cezai yaptırımlar uygulanmadığından, maddi cezalandırılabilirlik kriterlerine dayanılarak basit idari ve düzen haksızlıklarıyla net sınırın belirlenmesi sağlanmalıdır. Yönerge teklifi bu ihtiyacı belirli önemlilik ve uygunluk kriterleriyle sağlamaktadır.

Yönerge teklifinin 2. maddesinde öngörülen ve sadece Avrupa Toplulukları hukukunun çevre düzenlemelerine aykırılıkları değil, ulusal çevre hukukuna yönelik ihlalleri de „hukuka aykırı“ olarak değerlendiren hüküm, yetki açısından şüpheli görünmektedir. Avrupa Toplulukları Anlaşmasının 175. maddesinde yer alan yetkinin temeli, sadece doğrudan doğruya yürürlükte olan Topluluk hukukunun ve uyumlaştırılmış çevre hukukunun etkin uygulanmasına hizmet etmektedir. Buna göre bu hüküm, üye ülkelere uyumlaştırılmamış ulusal çevre hukuku ihlallerini cezalandırmaları yükümlülüğünü getirmek yetkisi vermemektedir. Kanaatimce bu tür ihlallerin ceza hukuku açısından önemli olup olmadığına ve önem derecesine karar verme yetkisi üye ülkelerinin yasama organına bırakılmalıdır.

Aynı zamanda yönerge teklifinin 3a maddesinde düzenlenen kasten öldürme ve yaralama suçları da doğrudan uygulanabilir Avrupa toplulukları kurallarında düzenlenmemelidir. Zira burada düzenlenen suçun tarifinde eylemin çevre hukukuna aykırılığından söz edilmediğinden, bu suçun düzenlediği konu, Avrupa Toplulukları Anlaşmasının 174. maddesinden doğan Avrupa Topluluklarının Çevrenin Korunmasına İlişkin yetki alanının dışında kalmaktadır.

C. Avrupa Asgari Standartlar ve Alman Çevre Ceza Yasası

I. Alman Çevre Ceza Yasasının Temel Yapısı ve Belirgin Özellikleri

1980 yılından itibaren Alman iç hukukunda bir Çevre Ceza Yasası mevcut olup, en son 1994 yılında Çevre Suçlarıyla Mücadeleye İlişkin 2. Kanun tarafından bu Kanunun suç kataloğu genişletilmiş ve ağırlaştırılmıştır. Kanun koyucu, bağımsız ekolojik hukuksal değerlerin ve bunların korunmaya değer olduğunu açıkça kabul etmiştir. Kanunun resmi gerekçesinde,

„Tek başına veya toplum halinde yaşayan her insanın doğal yaşam alanı ceza hukuku tarafından korunmayı ve dikkate alınmayı hakketmektedir. Genel ceza hukukunda klasik ve özellikle de bireysel hukuksal değerler uzun zamandır korunmaktadır. Çevre ceza hukukunun koruma alanı sadece insan yaşamının ve sağlığının, doğanın tehlikelerine karşı korunmasıyla sınırlı değildir. Aynı zamanda su, hava ve karadan oluşan insanın doğal yaşam alanını da kapsamaktadır ve korunması gereken bu ekolojik değerler de hukuksal değer olarak kabul edilmektedir.“²⁴

Çoğunlukla kabul edilen görüşe göre çevre suçlarının temelinde ekolojik ve insan merkezli hukuksal değer anlayışı yatmaktadır.²⁵ Bu nedenle çevre unsurları olan sular, kara ve havanın kendileri için değil, insanların temel doğal yaşam alanları olarak fonksiyonları için, bağımsız ekolojik hukuksal değerler olarak tanınması gerektiği ifade edilmektedir.

Alman Ceza Yasasının 29. Bölümünde düzenlenen başlıca Suçlar şunlardır:

- Suların Kirliliği (§ 324 StGB)
- Kara Kirliliği (§ 324 a StGB)
- Hava Kirliliği (§ 325 StGB)
- Gürültüye Sebepiyet (§ 325 a StGB)

²⁴ BT-Drs. 8/2382, S. 9 f.

²⁵ Bunun için karş.: Bloy, JuS 1997, S. 577, S. 578 ff.; Rengier, NJW 1990, 2506 ff.

- Atıkların İzinsiz Kullanımı (§ 326 f. 1 StGB)
- Çöp Turizmi (§ 326 f. 2 StGB)
- Tesislerin İzinsiz İşletilmesi (§ 327 StGB)
- Radyoaktif ve Diğer Tehlikeli Maddelerin ve malların İzinsiz İşlenmesi (§ 328 StGB)
- Korunması Gereken Alanların Tehlikeyi Düşürülmesi (§ 329 StGB)
- Çevre Suçunun Özellikle Ağır Hali (§ 330 StGB)
- Zehirlerin Serbest Bırakılması Suretiyle Tehlike Oluşturma (§ 330a StGB)

Çevre Suçlarıyla Mücadeleye İlişkin 2. Kanun 1980 yılında başlamış olan tehlike suçları yaratmak suretiyle cezalandırılabilirliğin öne çekilmesine ilişkin eğilimi sürdürmektedir. Örneğin Al.CK. § 325/1’de düzenlenen havanın kirletilmesi suçunun tamamlandığının kabulü için, havanın, kanunla öngörülen hukuksal değeri zarara uğratmaya genel olarak uygun görünen eylemle kirletildiğinin saptanması saptanmasına bağlıdır. § 326/1 No. 4a StGB da düzenlenen suçun tamamlanması için, izinsiz olarak bertaraf edilen atıkların, yapısı gereği, sonradan sulara, karaya ya da havaya zarar verecek nitelikte olması yeterlidir. Bir zararın doğması veya hukuksal değer somut olarak tehlikeye düşürülmüş olması gerekli değildir. Neredeyse her çevre suçu teşebbüs aşamasında tamamlanmış sayılmaktadır.²⁶ Ayrıca çevre ceza yasalarının uygulanma alanı taksirin ceza tehdidi altına alınmasıyla genişletilmektedir.

Çevre suçlarının, çevre idare hukukuna yani idari işlemlere bağlı olması, Alman çevre yasasının özellikleri arasındadır.²⁷ Bu prensip Kara ve havanın kirletilmesiyle ilgili maddelerde (Al.CK. §§ 324a, 325) olduğu gibi, özellikle idari bir işleme aykırı davranmaya bağlı olarak suçun meydana gelmesinde belirgin hale gelmektedir.

Yasal düzenlemelerden (kanun, yönetmelik ya da tüzük), bir mahkeme kararından, icra edilebilir idari bir işlemde, yerine getirilebilir hukuki bir yükümlülüğün ya da bir kamu hukuku sözleşmesinden doğan ve çevreye, özellikle de insan yaşamına, hayvanlara ve bitkilere, sulara, karaya ve havaya zarar verecek nitelikte tehlikelerden koruyan sorumluluklar Al.CK. § 330d/4’de yer alan tanımlara göre idare hukukundan doğan sorumluluklardır.

²⁶ Al.CK. §§ 325, 325 a, 327, 329 teşebbüsü cezalandırmamaktadır.

²⁷ Bunun için karşı: *Cramer/Heine*, in: Schönke/Schröder, StGB, 27. Aufl., München, 2006, Vorbem. §§ 324 ff. Rn. 12 ff.; *Kloepfer/Vierhaus*, Umweltstrafrecht, 2. Aufl., München, 2002, Rn. 26 ff.

Çevre suçlarının bir başka grubunu da, ruhsatsız veya idari hukukunda düzenlenen bir yasağa uymayarak işlenen çevre suçları oluşturmaktadır (örneğin Al.CK. §§ 326/2, 327/1, 328/1, 329/1).

Çevre suçlarının idari işlemlere bağlı olmasının tipik özelliği olan „yetkisiz“ olması unsuru, suçun genel hukuka aykırılık unsurunun somutlaştırılmasıdır. Eğer idari bir işleme dayanılarak hareket edilmişse, herhangi bir yetkisizlik durumu söz konusu değildir. Hakim olan düşünceye göre, maddi niteliği itibariyle hukuka aykırı olan bir işlem, usulen doğru bir idari işlemle verilen izne dayanıyorsa cezalandırılmaz.²⁸ Al.CK. § 330d-5, usulen uygun olarak alınan bir ruhsat, proje tespiti veya diğer türlü izinlerle kanun boşluğundan faydalanma hallerinin sınırlarını belirlemektedir. Bu durum özellikle tehdit, rüşvet, gizli yapılan anlaşma veya yanıltma gibi yollarla alınan ruhsatlarda ortaya çıkmaktadır. Hukuka aykırı bir yükümlülük öngören bir idari işlemin çevre ceza hukukunda nasıl değerlendirileceğine ilişkin ortak bir görüş bulunmamaktadır. Yüksek Mahkeme içtihadına göre, yasadışı olup fakat usulen geçerli bir idari işleme aykırı davranan kimse yine cezalandırılabilir.²⁹ İçerik olarak izin alınması mümkün olmasına rağmen, gerekli izin alınmaksızın gerçekleştirilen bir işlemin (örneğin, sulara aktarılması) ceza hukuku açısından hukuka aykırı olduğu geniş ölçüde kabul edilmektedir.³⁰ İzinsiz hareket edildiği zaman dilimi için, sonradan izin alınsa dahi yine de cezai yaptırımlarının uygulanacağı konusunda da hemfikir bulunmaktadır.³¹

Çevre ceza yasasında memurlarla ilgili özel düzenlemeler bulunmadığından,³² memurların çevre ceza hukukuna ilişkin sorumlulukları açısından genel hükümlerin faillik, katılma ve ihmale ilişkin (Al.CK. §§ 13, 25, 27) genel hükümleri geçerlidir. Bir memurun bilerek bir idari işlemle, izin verilmemesi gereken bir, sulara aktarma izni vermesi veya sulara hukuka aykırı bir aktarmaya karşı harekete geçmemesi durumunda eylemi, kasıtlı olarak suların kirlenmesine sebebiyet vermekten (Al.CK. § 324/1) cezalandırılabilir.

II. Alman Çevre Suçlarının Koruma Alanı

Yürürlükte olan Avrupa Toplulukları Hukukuna göre, üye devletlerin, Avrupa Toplulukları Anlaşmasının 10. maddesinde düzenlenmiş olan ahde vefa esasına göre,

²⁸ *Cramer/Heine* (Dipnot 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 16a m. w. N.

²⁹ BGHSt 23, 86; 31, S. 315; zust. *Cramer/Heine* (Dipnot 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 16a m. w. N.

³⁰ OLG Köln, wistra 1991, 74; *Cramer/Heine* (Dipnot 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 19 m. w. N.

³¹ *Cramer/Heine* (Dipnot 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 19 m. w. N.

³² *Cramer/Heine* (Dipnot 27) Vorbem §§ 324 ff. Rn. 29 m. w. N.

ceza hukukunun sistematliğini, Avrupa birliği çıkarları doğrultusunda işler hale getirmeleri gerekmektedir. Avrupa Adalet divanı kararlarında sürekli olarak, üye ülkelerin, iç hukukuna aykırılıklar için uyguladığı bütün uygun önlemleri, birlik hukukunun ihlal edildiği durumlarda da uygulamaları gerektiğine değinmektedir. Hangi yaptırımların uygulanacağına üye ülkeler serbestçe karar verebilmekle birlikte, bu yaptırımların etkili, orantılı ve caydırıcı olması gerekmektedir. Bunun anlamı, üye ülkenin çevre ceza hukukunda yer alan suç tiplerinin, failin Topluluk hukuku tarafından korunan uluslararası korunan bir hukuksal değer olarak çevre ihlallerinde de uygulanmasının sağlanması gereklidir. Bu bağlamda, Avrupa Toplulukları çevre hukuku suç tipleri açısından önemli ihlalleri de açıklayan denklik hükümlerinin oluşturulması düşünülmelidir. Fakat çevre suçlarında Avrupa toplulukları hukukuna aykırı düşmeyecek şekilde iç hukukun yorumlanması³³ ile aynı etki yaratılabilir.

Çevre suçlarına karşı iç hukukun sağladığı koruma alanı, Avrupa Toplulukları Anlaşmasınının 10. maddesinin öngördüğü şekilde tüm üye ülkelerin (özellikle su, hava ve kara) kanunlarınca korunan hukuk öğelerini dahil ederek genişletilmesi gerekiyor.³⁴ Federal yüksek mahkemesinin³⁵ sadece iç hukukunun koruduğu çevre öğeleri gözetilerek çevre atık cezai düzenlemelerine göre aldığı eski kararlar, birlik hukukunun düzenlemeleriyle özdeşleşmemektedir. Bununla birlikte bu durum çevre suçlarıyla ilgili ikinci kanun³⁶ ile daha önce A1.CK. eski § 330/d-1, de sınırları belirtilen su alanlarının yeniden düzenlenerek suçun eylem unsurundaki kanunun yer itibariyle uygulanmasına ilişkin sınırların kaldırılmasıyla aşılmıştır. Böylelikle Alman Çevre Ceza Yasası prensip olarak sınırötesi durumlarda da uygulanabilir hale gelmektedir. Almanya yaptırım gücünün somut olayda uygulanmasını sağlayan bir ceza hukuku uygulama normu (A1.CK. § 3, 7, 9) bir diğer koşuldur.³⁷

III. Topluluk Hukukuna Göre Tipiklik Unsurları ve Alman Çevre Ceza Yasası

Eğer 9 Şubat 2007 tarihli Komisyon teklifi doğrultusunda verilen yönerge kabul edilirse Alman Ceza Hukuku da yönerge doğrultusunda birlik hukukuna uyarlanmak zorundadır. Yönerge teklifinin yapısı -yönerge teklifinin § 3a maddesinin içeriği doğrultusunda yetkinin tartışmalı olmasına rağmen-, Alman Çevre Ceza Yasasında da

³³ Vgl. hierzu BGHSt 37, S. 333; Hecker (Dipnot 21), § 10 Rn. 56, 73 ff.

³⁴ Cramer/Heine, in: Schönke/Schröder (Dipnot 27), Vorbem §§ 324 ff. Rn. 7 e; § 330 d Rn. 3; Vormbaum, Schutz der Rechtsgüter von EU-Staaten durch das deutsche Strafrecht, 2005, S. 155 ff.

³⁵ BGHSt 40, 79; vgl. hierzu die zutr. Gegenargumentation von Rengier, JR 1996, S. 34 ff.

³⁶ Çevre Suçlarıyla Mücadeleye İlişkin 27. Juni 1994 (BGBl. I 1994, 1440) tarihli 2. Kanun.

³⁷ Bunun için karşı: Eser, in: Schönke/Schröder (Dipnot 27), Vorbem §§ 3-7, Rn. 24, § 9 Rn. 6; Hecker (Dipnot 21), § 2 Rn. 38 ff.; ders., ZStW 115 (2003), S. 880, 885 ff.; Martin, ZRP 1992, 19.

yer alan, idari kararlardan kaynaklanan suç unsurunun oluşumu prensibi temeli üzerine kurulmuştur.

Kişilerin ölümüne ya da ağır yaralanmasına sebebiyet verecek miktarda zararlı maddelerin ya da iyon ışınlarının havaya, karaya ya da suya aktarılması, bırakılması ve karıştırılması (Yönerge Teklifi m. 3a) öldürme ve yaralama suçlarının (Al.CK. § 211 vd. 223 vd.) oluşmasına neden olur. Al.CK'nın 311, 324, 324a, 325, 326, 330, 330a paragraflarında düzenlenen ve hem kasten hem de taksirle işlenebilen suçlar, kişilerin ölümüne ya da ağır yaralanmasına ya da hava, yer veya su kalitesini, orada yaşayan hayvan ve bitkilerin ağır hasar görmesine sebebiyet verecek miktarda zararlı maddelerin ya da iyon ışınlarının havaya, karaya ya da suya aktarılması, bırakılması ve karıştırılmasında da uygulanabilir (Yönerge Teklifi m. 3/b).

Kişilerin ölümüne ya da ağır yaralanmasına veya hava, yer ya da su kalitesini, orada yaşayan hayvan ve bitkilerin ağır hasar görmesine sebebiyet veren veya verebilecek miktarda tehlikeli madde atıkları dahil olmak üzere her türlü atıkların yasadışı olarak bertaraf edilmesi, depolanması, nakledilmesi, ithal veya ihraç edilmesi dahil olmak üzere, her şekilde işlem görmesi hallerinde Al.CK. § 326'deki atıklarla ilgili cezai düzenleme, ağır ihlalde ise Al.CK. § 330 uygulanır.

Kişilerin ölümüne veya ağır yaralanmasına ya da hava, yer veya su kalitesini, orada yaşayan hayvan ve bitkilerin ağır hasar görmesine sebebiyet veren veya verebilecek şekilde tehlikeli faaliyetlerde bulunan veya tehlikeli maddelerin ya da ürünlerin depolandığı veya kullanıldığı bir tesisin hukuka aykırı kullanılması hallerinde Al.CK. § 327'ye göre tesislerin izinsiz işletilmesi suçu veya Al.CK. § 324, 324a, 325, 325a'ya göre bir suç oluşturabilir.

Avrupa Parlamentosunun ve Konseyinin³⁸ 1013/2006 sayılı Avrupa Toplulukları Tüzüğü'nün 2. m. No. 35 de sayılan büyük miktardaki atıkların kar amaçlı nakli halinde Al.CK. § 326/2 uygulanır.

Kişilerin ölümüne veya ağır yaralanmasına ya da hava, yer veya su kalitesine, orada yaşayan hayvan ve bitkilerin ağır hasar görmesine sebebiyet verecek ya da verebilecek şekilde nükleer maddenin ya da diğer radyoaktif maddelerinin hukuka aykırı olarak imalatı, işlenmesi, depolanması, kullanılması, nakli, ithalatı ya da ihracatı öncelikle Al.CK. § 328/1, 3 doğrultusunda ceza tehdidi altındadır. Bunun yanı sıra Al.CK. § 324, 324a, 325, 326, 330a'da düzenlenen adam yaralama ve öldürme hükümleri uygulanabilir. Koruma altına alınan doğal yaşam alanlarının yasadışı olarak ağır zarar görmesi Al.CK. § 329/3 uyarınca suç sayılır.

³⁸ ABIEG 2006 Nr. L 190, S. 1.

Çevre ceza hükümleri arasında İç Sulardaki Gemi Seferleri Kanunu³⁹ ve Kimya Yasasında da⁴⁰ düzenlenen bir çok yan maddeler bulunmaktadır. Böylelikle nesli korunan yabancı hayvanlarla bitkilerin ya da bunlara ait parçalara yasak, izinsiz sahip olunması, edinimi veya öldürülmesi ile izinsiz ticareti İç Sulardaki Gemi Seferleri Kanunu § 66'ya göre en azından iç hukukta belirlendiği takdirde cezalandırılabilir. Ozon tabakasının incelmeye sebepiyet veren maddelerin yasadışı kullanımı veya ticareti Kimyasal-Ozon Tabakası Yönetmeliği⁴¹ § 7'ye göre Kimya yasasının § 27, fıkra 1, cümle 1, fıkra 2 ve 4 maddesiyle ters düşmediği sürece yaptırım uygulanır.

Alman Düzene Aykırılıklar Kanunu § 30, 130 Tüzel kişilerin ve kişi topluluklarının, sahibi, onun yasal temsilcisi, yöneticisi ve denetçisi hakkında, bu kimse şirketin yönetimiyle vekaleten veya yasadan doğan yetkiyle bir organ veya organ üyesi olarak sorumlu olup da kontrol ve denetimini gereği gibi yerine getirmemesi halinde parasal sorumluluklarını öngörmektedir.

Yönerge teklifinin 3. maddesinde yer alan fiillere genel olarak baktığımızda, bu eylemler Alman Hukukuna göre cezalandırılabilir ve bunlar için yönergedekine benzer yaptırımlar öngörülmüştür. Alman Çevre Ceza Yasasının, yönerge teklifinde beklendiğinden daha ağır ve kapsamlı cezai yaptırımlar öngörmesine, Avrupa Ticaret Anlaşmasının 176. maddesine göre itiraz edilemez. Avrupa Ticaret Anlaşmasının 176. maddesi, üye devletlerin istenilenden daha ağır koruma önlemlerini muhafaza etmelerini ya da yaratmalarını yasaklamamaktadır.

Yönerge Teklifinin 2. maddesine göre, iç hukuk düzenlemelerinin veya yetkili bir kurumun idari işlemleriyle kararlarının ihlalinin „hukuka aykırı“ olarak kabul edilebilmesi için bazı maddelerin yeniden düzenlenmesi gerekmektedir. Şimdiye kadar, idare hukuku yükümlülüklerinin tipe uygun olarak ihlalinin yabancı çevre hukuku ölçülerine göre değerlendirilip değerlendirilemeyeceği, değerlendirilecekse hangi ölçüde değerlendirileceği nihai olarak aydınlatılamamıştır.⁴² Bu nedenle § 330d StGB maddesinin, diğer üye ülkelerinin uyumlaştırılmış çevre yasalarına göre suç sayılan yasak veya izinlerinin iç hukukta da kabul görmeye imkan verecek yönde değişmesi gereklidir.

³⁹ 25. März 2002 (BGBl. I 2002, 1193) tarihli, Tabiat Varlıklarını ve Sit Alanlarını Koruma Kanunu.

⁴⁰ 20. Juni 2002 (BGBl. I 2002, 2090) tarihli şekline göre, Kimyasal Maddeler Kanunu.

⁴¹ 13. November 2006 (BGBl. I 2006, S. 2638) tarihli, Kimyasal Maddeler-Ozon Tabakası Yönetmeliği.

⁴² Bu konuda ayrıntılı açıklama için bkz.: *Cramer/Heine*, in: Schönke/Schröder (Dipnot 34), § 330 d Rn. 19.

D. Sonuç

Avrupa Adalet Divanının 13 Eylül 2005 tarihinde vermiş olduğu kararla çevre ceza yasasında uyum yolunu açmış olması takdire şayandır.

27 üye devletin çevre ceza suç tiplerinin asgari düzeyde uyumlaştırılması, sınırötesi çevre suçlarıyla mücadele açısından sadece önemli bir adım olarak değerlendirilmemelidir. Aynı zamanda vatandaşın hukuk bilincinde çevrenin korunması gerektiği ve bu durumun evrensel boyutlu bir konu olduğu düşüncesi de yerleşmektedir.

Uyumlaştırılmış bir çevre ceza yasası, Avrupa Topluluklarının dışındaki çevre ceza yasaları arasındaki ilişkiler açısından da bir örnek olabilecektir. Bu sebeple komisyonun 9 Şubat 2007 tarihli yönerge teklifi süratle değerlendirilmeli ve konsey tarafından karara bağlanmalıdır.